

Energie-Markt im Herz der Stadt

Vom Sulzer-Areal in die Altstadt: 2010 schlägt die Blue-Tech ihr Zelt auf dem Neumarkt auf – und wird von offizieller Seite unterstützt.

Am Anfang der Blue-Tech steht eine grosse Vision: Winterthur soll eine Pionierstadt für Energie werden, ein Standort von Firmen, die sich der Forschung Entwicklung und Herstellung von erneuerbaren Energien widmen. Die Blue-Tech ist für Initiator Christian Huggenberg denn auch eine «Plattform, um sich kennen zu lernen und

auszutauschen». Zweimal hat seine Kommunikationsagentur «Taktform» den «Marktplatz für effiziente Energielösungen» bereits auf dem Sulzer-Areal Stadtmitte durchgeführt – einmal vor dem Technopark, einmal auf dem Katharina-Sulzer-Platz. Rund 9000 Besucherinnen und Besucher kamen im letzten Herbst an die Blue-Tech, informierten sich bei den 120 Ausstellern, machten Strom auf einem Home-trainer oder flitzten auf Elektrofahrzeugen über einen Parcours.

Trotzdem schrieb die Messe im letzten Jahr «tiefrote Zahlen». Huggenberg sprach im Dezember gar von

einem «ruinösen Unterfangen». Nach dieser Bilanz war die Zukunft der «Blue-Tech» unsicher. Die düsteren Aussichten wurde zusätzlich verstärkt durch Differenzen mit der Sulzer Immobilien AG, welche die Standorte vermietete. Für Huggenberg war deshalb klar: «Auf dem Katharina-Sulzer-Platz können wir nicht bleiben.»

Seine Vision wollte der Unternehmer trotzdem nicht aufgeben, und zieht mit der Energie-Messe nun mitten in die Altstadt. Vom 12. bis 16. September steht auf dem Neumarkt das Zelt der Blue-Tech, in dem sich Aussteller präsentieren können, und im Casinotheater finden Veranstaltungen und eine Tagung für Fachleute und Experten statt, die Eintritt kostet.

Ziel ist der Energiecluster

Nicht nur der Standort der Blue-Tech ist neu, sondern auch die Unterstützung: Der Verein «Energie bewegt Winterthur» (siehe Kasten) hat ihr eine Defizitgarantie von mehreren Zehntausend Franken zugesprochen. Denn das Ziel des Vereins stimmt

mit Huggenbergs Vision überein: Die Stadt soll zum Energiecluster werden.

Bis zur Eröffnung der dritten Blue-Tech in fünf Monaten, steht für Huggenberg und sein kleines Team noch viel Arbeit an. «Wir haben zwar schon mehrere Aussteller, suchen aber noch



«Wir stecken mittendrin und haben noch viel zu tun»

Christian Huggenberg, Blue-Tech-Initiator

weitere», sagt er. Auch müssten sie nebst den beiden Hauptsponsoren ZKB und Stadtwerk Winterthur noch andere Geldgeber finden, Partner wie die Internationale Bodensee-Hochschule (IBH) suchen und das Programm für den mehrtägigen Fachkongress verfeinern. (MARISA EGGLI)

www.blue-tech.ch

ENERGIE BEWEGT WINTERTHUR

Bundesrat Moritz Leuenberger, Ständerätin Verena Diener, Nobelpreisträger Richard Ernst und Stadtpräsident Ernst Wohlwend haben etwas gemeinsam: Sie sind Mitglieder des Patronatskomitees des Vereins «Energie bewegt Winterthur», der im letzten November gegründet worden ist. Der Verein ist eine Plattform für Unternehmen und Institutionen, die in den Bereichen Energie und nachhaltige Entwicklung tätig sind. Und er hat ein grosses Ziel: Winterthur soll für Firmen aus der Energiebranche unverzichtbar und die Stadt damit zu einem sogenannten **Energiecluster** werden. Gründungsmitglieder des Vereins sind unter anderem die Stadt, die Standortförderung Region Winterthur, die Umweltschutzorganisation Myblueplanet, die School of Engineering der Fachhochschule ZHAW und die Kommunikationsagentur Taktform AG, welche die Energie-Messe **Blue-Tech** organisiert. Mit seinem Startkapital von rund 100 000 Franken unterstützt der Verein 2010 auch die Blue-Tech, indem er ihr eine Defizitgarantie zugesagt hat. (meg)

Starke Partnerin an der Seite

Die Energie-Messe Blue-Tech hat eine Unterstützerin gefunden, deren Netzwerk bis weit über die deutsche Grenze reicht: Die Internationale Bodensee-Hochschule (IBH). Diese ist ein Zusammenschluss von 29 Hochschulen aus der Schweiz,

Deutschland, Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein. Dazu gehören beispielsweise die Universitäten Zürich, Sankt Gallen und Konstanz und die beiden Fachhochschulen ZHAW und «Vorarlberg» im österreichischen Dornbirn. (meg)



Sonnenkollektoren zum Anfassen: Am Stand des Elgger Unternehmens Soltop konnte man an der letzten «Blue-Tech» auf dem Katharina-Sulzer-Platz alle Berührungängste beiseite lassen. Archivbild: Stefan Schaufelberger

Keine Sextäter auf Sportanlagen

Straftäter, welche die psychische und physische Integrität von Kindern und Jugendlichen verletzen könnten, sollen Schul- und Sportanlagen nicht mehr betreten dürfen: Das forderte SP-Gemeinderat Silvio Stierli bereits im Februar («Landbote» vom 10. Februar). Nun hat er ein entsprechendes Postulat eingereicht. Darin verlangt er, dass der Stadtrat die gesetzlichen Grundlagen überprüft und bei Bedarf anpasst.

Hintergrund des Postulats ist das städtische Verbot für einen verurteilten Sexualstraftäter, Anlagen zu betreten. Das Verwaltungsgericht hatte es mit dem Hinweis aufgehoben, dass die gesetzliche Grundlage ungenügend sei. Das Verbot greife zu stark in die Bewegungsfreiheit des Fussballlehrers ein. Das Sportamt hatte es bis Mai 2011 verhängt, nachdem der Mann vom Bezirksgericht wegen mehrfacher sexueller Handlungen mit Kindern verurteilt worden war. Für Stierli ist stossend, dass die Bewegungsfreiheit des Täters höher gewichtet werde als die Sicherheit der Kinder. (red)

Talgut: Isler will «breite Allianz» für Mieter

Die SVP-Gemeinderäte Rolando Keller und René Isler machen sich für tiefe Mieten im Talgut stark.

Herr Isler, in einem Leserbrief fordert ein Parteikollege, dass die Mieten im Talgutquartier nach einem Umbau nicht steigen. Im Gemeinderat haben auch Sie bereits ein ähnliches Votum gehalten. Wird die SVP zur neuen Kämpferin für günstigen Wohnraum?

René Isler: Das Talgut ist ein historisch gewachsenes Quartier, das es in dieser Art zu erhalten gilt. Deswegen werde ich nicht für übertriebenen Denkmalschutz, sondern fordere, dass man bei allfälligen Umbauten vorsichtig vorgeht. Es schadet auch dem Gesamtbild des Quartiers, wenn zu viel abgerissen und dann teuer neu gebaut wird.

Die SVP war bisher aber eine Befürworterin der Strategie, dass die Stadt mit gediegenen Wohnungen gute Steuerzahler anzulocken versucht.

Dafür sind wir weiterhin. Diese Devise gilt aber vor allem, wenn neu gebaut wird. Wenn Siedlungen bereits bestehen und gut funktionieren, dann soll man diese weitmöglichst erhalten. Irgendwo muss es doch noch Wohnungen geben, in denen Familien mit



«Irgendwo muss es doch Wohnungen für Familien geben»

René Isler (SVP)

4500 Franken Monatseinkommen einziehen können, ohne dass die Hälfte des Zahltags für die Miete weggeht.

Genau diese Forderungen hört man normalerweise von der anderen Seite: der SP. Wollen Sie anstelle von Jack Würzler (SP) zum Fürsprecher der Talgutmieter werden?

(lacht) Nein, nein. Geht es um städtebauliche Ideen, sind die SVP und die SP aber oftmals gar nicht so weit auseinander, wie man denken könnte. Das Modell der Genossenschaften finde ich beispielsweise ein gutes, um für preiswerte Wohnungen zu sorgen. Wird der Wohnungsbau über Genossenschaften organisiert, sinken auch die Kosten für die Stadt, beispielsweise für Sozialhilfe.

Die anderen Parteien haben 2009 im Gemeinderat eine Interpellation zum Talgut eingereicht. Damals stiess das

Thema in der SVP mit nur einer Unterschrift noch auf wenig Interesse. Welche konkreten Pläne haben Sie, um Ihre Fraktionskollegen zu überzeugen?

Wir werden demnächst über unsere Position zum Talgut diskutieren. Und ich glaube durchaus, dass sich in der Partei neben Rolando Keller, der den Leserbrief geschrieben hat, und mir noch weitere finden, die ähnlich denken. Dadurch entstünde quer durch den Gemeinderat eine Allianz, die für das Quartier einsteht.

(INTERVIEW: MARIUS BEERLI)

Gestaltungsplan für das Talgut

Die Häuser im Talgutquartier gehören der «Billigen Gesellschaft» und drei Genossenschaften. Weil Erstere ihre Siedlung renovieren will, erarbeiten die Grundeigentümer zusammen mit der Stadt für das Quartier einen Gestaltungsplan. Dieser würde

es erlauben, die bestehenden Häuser abzureissen und durch Neubauten zu ersetzen. Darum wehren sich Bewohner und der Mieterverband. Sie befürchten Mieterhöhungen. Dem neuen Gestaltungsplan muss der Gemeinderat zustimmen. (bee)